

Olga Simova

*Paisii-Hilendarski-Universität, Plovdiv, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Tzar-Assen-Str. 24
BG – 4000 Plovdiv
olgasimova@yahoo.com*

**Auflösung der Begriffe „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“
in der Theorie „reflexiver Modernisierung“¹**

Zusammenfassung

Die Theorie der „reflexiven Modernisierung“ erhebt den Anspruch, nicht nur eine neue Sicht auf die Gesellschaft zu entwickeln, sondern auch einen ganz neuen, bereits existierenden Gesellschaftszustand zu beschreiben. In dieser Sicht und in dieser Gesellschaft haben die Freiheit und die Gerechtigkeit eine andere Stellung und einen anderen Sinn als in den modernen politischen Theorien und in den modernen Gesellschaften. Wie und aus welchen theoretischen und politischen Gründen die für die politische Theorie so wichtigen Begriffe „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ in der Theorie der „reflexiven Modernisierung“ aufgelöst werden und was an ihre Stelle kommt – das sind die wichtigsten Fragen, auf die die Autorin Antworten sucht.

Schlüsselwörter

Reflexive Modernisierung, Gesellschaft, Freiheit, Gerechtigkeit

Die Theorie der „reflexiven Modernisierung“ ist meistens mit dem Namen des deutschen Soziologen Ulrich Beck verbunden. Es gibt aber auch andere prominente zeitgenössische Soziologen wie etwa Anthony Giddens die, abgesehen von gewissen Unterschieden, die grundlegenden Thesen dieser Theorie und ihre Konsequenzen teilen. Es handelt sich um eine soziologische Theorie, die eine neue Sicht auf die Gesellschaft entwickelt und zu etablieren versucht. Von zentraler Bedeutung für die Begründung dieser Sicht sind die Globalisierungs- und Individualisierungsprozesse sowie der Wandel im Alltagsleben, die als charakteristische Züge der heutigen Welt betrachtet werden. Das theoretische Hauptziel besteht darin, die Möglichkeit bzw. die Unvermeidlichkeit einer radikalen Veränderung und einer anderen, neuen Gesellschaft zu begründen. Denn es scheint, dass die von älteren radikalen Theorien ausgehenden Impulse am Ende 20. Jahrhunderts bereits erschöpft sind. Im Unterschied zu diesen Theorien, die mit den Zweifeln an einer möglichen zukünftigen neuen Gesellschaft zu kämpfen hatten, behaupten Beck und Giddens, dass die Veränderung schon in Gang gesetzt sei. Politisch gesehen, versuchen sie die

1

Beck interpretiert die Veränderungen in der zeitgenössischen Gesellschaft als einen radikalisierten Modernisierungsprozess. Ohne explizit bekannte geschichtsphilosophische Periodisierungen zu akzeptieren, erweckt er den Eindruck, dass wir bereits in einer neuen Epoche und in einer von Grund auf schon veränderten Gesellschaft leben. Diesen neuen Zustand stellt er der „ersten“, „einfachen Moderne“ gegenüber und nennt sie „zweite“, „reflexive Moderne“. Im Unterschied zu den

früheren Theorien, die „neue“ Gesellschaften zu begründen versucht und diese in die Zukunft verlagert haben (z.B. Marx) behauptet Beck, dass die neue Gesellschaft, die er beschreibt, schon entstanden ist. Deswegen kann man seine Theorie auch als eine Theorie der „reflexiven Moderne“ verstehen, obwohl Beck immer die dynamischen Dimensionen der Gesellschaft den statischen vorzieht.

Grundlagen für eine „neue Linke“ zu schaffen.² Die „neue Linke“ muss sich sowohl gegen die Rechte als auch gegen die „alte Linke“ etablieren. Denn die „alte Linke“ hat sich vom Gedanken eines radikalen Wandels und einer neuen Gesellschaft verabschiedet. Vor diesem Hintergrund erscheinen manche Leitideen, die früher radikale Veränderungen vorangetrieben haben, darunter auch manche Interpretationen der Ideen der Freiheit und der Gerechtigkeit, nicht mehr radikal genug. Sie gehören angeblich zu den obsolet gewordenen Kontexten des Fortschrittsdenkens und des Rationalismus der Moderne.

Abgesehen von den kritischen Bemerkungen gegen die postmoderne Philosophie und Soziologie benutzen die Theoretiker der „reflexiven Modernisierung“ weitgehend einige postmoderne Gedanken, die die Moderne als Ganzes samt allen ihren Prinzipien für beendet erklären. Beck erhebt den Anspruch, sowohl den modernen als auch den postmodernen Diskurs in seinem eigenen Diskurs der „reflexiven Modernisierung“ dialektisch aufgehoben zu haben. Das ist aber keine Dialektik im bekannten Sinne des Wortes, weil sie nicht nach Aufhebung der widersprüchlichen Momente der Sache in einer Einheit strebt und aus rein pragmatischen Gründen je nachdem auf den einen oder auf den anderen Moment hinweist:

„The decision whether to take a realist or a constructivist approach is for me a rather *pragmatic* one, a matter of choosing the appropriate means for a desired goal.”³

Diese rein utilitaristische und vorläufige („for the moment“) Berufung auf entgegengesetzte Herangehensweisen (z.B. in Bezug auf das Risiko) wird mal mit den Zwecken des Verstehens der „komplexen ambivalenten Natur“ des Risikos, mal mit den politischen Folgen der einen oder anderen Vorgehensweise erklärt.⁴

I.

Ich möchte zunächst auf einige wichtige Momente der Theorie der „reflexiven Modernisierung“ hinweisen und dann auf die Auflösung der Begriffe „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ eingehen. In der Theorie werden nicht nur die Prinzipien der modernen Gesellschaft und der modernen Politik, sondern auch die affirmativen und selbst die kritischen Theorien, die in irgendeinem Zusammenhang mit der Moderne stehen, abgelehnt. In dieser Ablehnung ist die Theorie der „reflexiven Modernisierung“ der postmodernen Philosophie sehr verwandt. Sie übernimmt die meisten Grundannahmen der postmodernen Philosophie, zugleich glauben aber die Theoretiker der „reflexiven Modernisierung“, die wesentlichste intellektuelle Errungenschaft der Moderne – *die Reflexion*, d.h. die Ablehnung einer jeden Fraglosigkeit – zu bewahren und zu radikalieren. Ulrich Beck behauptet, die moderne Industriegesellschaft sei eigentlich nur halb modern, weil das zentrale Reflexivitätsprinzip der Moderne nicht überall angewandt worden ist. In vielen Bereichen des öffentlichen und des privaten Lebens, etwa in den politischen Institutionen, in der kapitalistischen Organisation des Betriebs wie auch in den Geschlechterrollen in der Familie, herrschte immer noch die Fraglosigkeit, also Mangel an Reflexion. Deswegen sind nach Beck Moderne und Gegenmoderne im modernen Zeitalter gleichzeitig präsent. Um die Gegenmoderne zu bekämpfen, muss man das Reflexivitätsprinzip radikalieren und es auch in jenen Gebieten durchsetzen, in denen es bis jetzt nicht durchgesetzt worden ist. Mit einem Wort, man braucht eine „Modernisierung der Moderne“. Bei Giddens wird dieselbe Idee in seiner Kritik der Fraglosigkeit der Tradition mit ihren

angeblich „ewigen“ Wahrheiten zum Ausdruck gebracht. So ist nach Giddens eine „Enttraditionalisierung der Tradition“ gefordert.

Beck und Giddens betonen den skeptischen Aspekt der Vernunft, also ihre Fähigkeit, alles in Zweifel zu setzen. Das führt zu Problemen in zwei Richtungen: Wenn man alles immer in Frage stellen muss, kann man nicht die „schlechte Unendlichkeit“ vermeiden; ein solcher Relativismus unterminiert das normative Denken und lässt das Prinzip „anything goes“ zu, obwohl die beiden Autoren dieses Prinzip abzulehnen versuchen. Dementsprechend kann man in der politischen Theorie keine Rechtfertigung für eine dauerhafte und stabile Ordnung finden. Im Gegenteil, nach einer Begründung solcher Ordnung zu streben, wäre für die Theoretiker der „reflexiven Modernisierung“ ein Ausdruck der Gegenmoderne. Das heißt, eine ständige Veränderung der Gesellschaft sei erforderlich. Wenn man eine passende Bezeichnung eines solchen Zustands sucht, so fällt einem der Begriff „permanente Revolution“ ein, wobei man gleich sagen muss, dass beide Autoren den Begriff „Revolution“ sorgfältig vermeiden. Beck vergleicht den Wandel mit der Reformation und meint, sie sei eine „Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Bruch sowie prinzipielle Offenheit und Unvorhersehbarkeit“.⁵

Von diesen hochproblematischen Voraussetzungen ausgehend, entfaltet die Theorie der „reflexiven Moderne“ eine Beschreibung der gegenwärtigen Gesellschaft als tatsächlich von Grund auf umgewandelt unter dem Einfluss von zwei eng miteinander zusammenhängenden Prozessen – der *Globalisierung*, also der schnell abnehmenden Bedeutung der territorialen Grenzen für die soziale Interaktion, und der *Individualisierung*, also der autonomen Gestaltung des eigenen Lebens unabhängig von großen Gruppen wie Nationen, Klassen, Ständen. Durch die Globalisierung werden die Staatsgrenzen immer durchlässiger, und so werden die Gesellschaften sozusagen von den „Containern“ der Staaten befreit, was nach Beck die Bildung einer Weltgesellschaft ermöglicht. Zugleich verschwinden im Zuge des Individualisierungsprozesses die Grenzen zwischen dauerhaft strukturierten Gruppen innerhalb der einzelnen Gesellschaften. So ist die Identität der Person nicht mehr vorgegeben, sondern selbst gewählt und flexibel. Damit lösen sich alle dauerhaften gesellschaftlichen Gruppen auf, und ihre Organisationen (Parteien, Gewerkschaften u.a.) bleiben einfach leere Hülsen. Aus einer globalen Perspektive, die für Beck heutzutage die einzig richtige ist, bedeutet das, dass eine direkte Verbindung des Individuums mit der Menschheit ohne Vermittlung von Institutionen oder

2

Trotz seiner Behauptung, dass er eine Theorie „jenseits von Links und Rechts“ entwickelt, konzentriert sich Giddens auf die neuen Grundlagen der Sozialdemokratie (vgl. Anthony Giddens, *Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1998, S. 7 ff.). Beck setzt seine Hoffnungen eher auf die Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen (vgl. Ulrich Beck, *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*, Suhrkamp, Frankfurt/Main 1993).

3

Ulrich Beck, *World Risk Society*, Polity Press in association with Blackwell Publishers Ltd., Cambridge 1999, S. 134.

4

Die Betrachtung der Risiken als reine Konstrukte würde zur Unterschätzung der Gefahren führen und die Mobilisierung der Bürger behindern. Andererseits aber: „To assume the objectivity of global dangers is to further the construction of (centralized) transnational institutions.“ (U. Beck, *World Risk Society*, S. 24.) Dieser Gesichtspunkt ist nach Beck inakzeptabel, denn „[it] involves – or even produces – a considerable impetus to power“ (ibid.). Das würde zu Becks Auffassung vom Politischen gar nicht passen.

5

Ulrich Beck, Anthony Giddens, Scott Lash, *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, Suhrkamp, Frankfurt/Main 1996, S. 99.

Zwischengruppen möglich ist. In dieser Hinsicht kritisiert er die moderne Demokratie, denn ihr universalistischer Anspruch ist

„... niemals anational, also direkt universalistisch gemeint und gemünzt. Wenn überhaupt das Universale über das Nationale hinaus ge- und bedacht wurde, dann meistens als ein Zusammenhang, Zusammenschluss der Republiken (wie bei Kant), als eine Internationale der nationalen Demokratien, nicht aber als eine Menschheitsdemokratie.“⁶

Das kritische Pathos von Beck ist hauptsächlich gegen die Institutionen und insbesondere gegen den Staat gerichtet. In seinen Augen sind sie starr und verkrustet und hemmen jede gesellschaftliche Kreativität. Hier wiederholt Beck zum großen Teil eine klassische anarchistische Argumentation, für die Staat und Gesellschaft polare Gegensätze sind. In dieser Argumentation wird die Gesellschaft als Bereich der Freiheit und der Staat dagegen als Bereich von lauter Zwang und Unterdrückung betrachtet. Der Staat ist demzufolge ein bloßes Hindernis, das man beseitigen sollte. Hinter diesen Überlegungen steckt die alte utopische Vision, dass die Gesellschaft in jeder Hinsicht und zu jedem Zeitpunkt zu unmittelbarer Selbstverwaltung fähig ist.

Die Beschreibung der gegenwärtigen Gesellschaft führt Beck zur Schlussfolgerung, dass in den politischen Institutionen der Moderne (in Parlamenten, Regierungen, Parteien) „die Uhren der Politik stehen geblieben sind“ und das Politische sich in andere Sphären, die bis jetzt als unpolitisch galten, verlagert hat; es hat sich ins Subpolitische verwandelt. Das passiert zuerst in Bezug auf die Themen der Politik. Die Bürger interessieren sich immer weniger für Probleme, die im Rahmen des politischen Systems diskutiert werden, und immer mehr für Fragen, die einerseits Alltagsverhältnisse und Lebensstil und andererseits die Probleme der ganzen Menschheit betreffen. Beide Dimensionen sind aber eng miteinander verbunden, sofern die Weltprobleme (ökologische Risiken, Migrationsprozesse, Seuchen) sich nicht irgendwo weit weg vom Einzelnen abspielen, sondern unmittelbar im Alltagsleben präsent sind; sie machen keinen Halt vor den Staatsgrenzen. Handlungsfähige Akteure auf der Bühne der Subpolitik sind nicht mehr die Staaten, die Parteien und die anderen gut bekannten Organisationen, sondern Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen, aber auch die einzelnen Menschen durch ihr Alltagsverhalten, etwa als Verbraucher.

II.

Wie sehen die Begriffe „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“, die die europäische Denktradition so stark geprägt haben, vor dem Hintergrund des Gesellschaftsbildes in der Theorie „reflexiver Modernisierung“ aus? Zuerst muss man feststellen, dass sie explizit nur wenig beachtet werden. In seinem „*Kosmopolitischen Manifest*“ akzeptiert Beck die Werte der transnationalen Bürgerbewegungen „liberty, diversity, toleration“.⁷ Was bedeutet aber Freiheit? In der politischen Theorie sind zwei Arten von Freiheit zu unterscheiden: „negative Freiheit“ – als Freiheit von Einmischung und Zwang –, die mit den liberalen Gedanken verbunden ist, und „positive Freiheit“ – als Fähigkeit, etwas zu machen oder bestimmte Ergebnisse zu erreichen –, die in der politischen Theorie als Teilnahme am Entscheidungsprozess interpretiert worden ist. Einerseits versteht Beck die Freiheit als Abbrechen jeglicher Verbindlichkeiten, die nicht vom Menschen selbst gewählt sind, und Ablehnung aller vorgegebenen Identitäten und eindeutigen Loyalitäten. Diese individuelle und „negative“ Freiheit fügt sich sehr gut in die Denkweise der Moderne ein. Beck behauptet,

sie verbreitete sich immer mehr wegen des Individualisierungsprozesses in den hochentwickelten Gesellschaften.

Die „negative Freiheit“ braucht, um real funktionieren zu können, Garantien gegen jeden Zwang, die die anderen auf das Individuum ausüben könnten. Dieses Problem muss nach den bisherigen politischen Theorien durch die Rechtsordnung und durch die Institutionen (in erster Linie des Staates), die sie gewährleisten, gelöst werden. Wenn aber der Staat allein als Hindernis verstanden wird und andere angemessene Mechanismen zur Gewährleistung der Rechtsordnung fehlen, so wird der Schutz der Freiheit gegen Eingriffe von anderen Individuen äußerst problematisch. Unter solchen Bedingungen könnte die Verschiedenheit nicht zur Toleranz, sondern zum *bellum omnium contra omnes* führen. Dann aber kann die „negative Freiheit“ für keinen Menschen existieren. Das zu übersehen wäre ein Ausdruck der naiven Vorstellung, dass allein die staatliche Ordnung die Menschen daran hindert, ihre edle Natur zu entfalten. Beck aber schließt die Konflikte in der „zweiten Moderne“ nicht aus, weil sie eine Unsicherheit in jeder Hinsicht erweckt und der Fortschritt nicht mehr vom „Gesetz der Geschichte“ garantiert wird. Im Unterschied zu den alten Linksradiكالen, die die Menschen mit Träumen und Versprechen von einer neuen guten Gesellschaftsordnung in der verheißungsvollen Zukunft mobilisiert haben, sieht Beck das Mobilisierungspotential eher in der Angst vor der Unsicherheit.

Giddens betrachtet die „negative Freiheit“ als Ablösung von der Tradition. Seiner Meinung nach stellt die Tradition das Individuum unter Druck. Er bringt den Begriff „Emanzipation“ ins Spiel, um die Befreiung von der Tradition zu bezeichnen. Es geht um „eine Emanzipation der Menschen von den Zwängen der Vergangenheit“.⁸ In früheren Zeiten meinte man mit diesem Begriff die Befreiung von willkürlicher Macht oder von materieller Not. Der Grund für diese neue Bedeutung des Begriffs „Emanzipation“ ist in den Prozessen der Individualisierung und der Globalisierung zu suchen. In einer globalen Welt sind die Menschen unmittelbar mit vielen unterschiedlichen Traditionen konfrontiert. Selbst diese Tatsache lässt es nicht mehr zu, die eigene Tradition als fraglos gelten zu lassen.

Giddens ist sich im Klaren über die Bedeutung der Tradition für die Kontinuität des individuellen Lebens.⁹ Aber seiner Meinung nach werden heute die lokal existierenden Traditionen und Sitten „entweder zu Relikten oder zur bloßen Gewohnheit“,¹⁰ einer Gewohnheit, die keinen Sinn beinhaltet und nur die psychische Funktion erfüllt, eine Art „ontologische Sicherheit“ im Leben des Individuums zu stiften. Durch die „Enttraditionalisierung der Tradition“ will Giddens die Vergangenheit als einen Faktor, der das menschliche Verhalten bestimmt, ausschalten und die Gegenwart wie auch die unmittelbaren Aktivitäten stark privilegieren. Nur dann kann man eine radikale Veränderung erwarten, die nicht mehr in eine unbestimmte Zukunft verlagert wird. Nach-

6 U. Beck, A. Giddens, S. Lash, *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, S. 59 f.

7 U. Beck, *World Risk Society*, S. 17.

8 Anthony Giddens, *Entfesselte Welt. Wie die Globalisierung unser Leben verändert*, Suhrkamp, Frankfurt/Main 2001, S. 62.

9 Die Kontinuität des gesellschaftlichen Lebens interessiert ihn nicht, im Gegenteil: Sie muss unterbrochen werden, damit dadurch eine neue Gesellschaft möglich wird.

10 Anthony Giddens, „Leben in einer posttraditionalen Gesellschaft“, in: U. Beck, A. Giddens, S. Lash, *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, S. 184.

dem die Linke auf die Zukunftsdimension der Zeit verzichtet hat, bleibt ihr jetzt nur die Gegenwart übrig.

Was passiert aber mit der „positiven Freiheit“ in der Theorie der reflexiven Moderne? Der Aufruf des „*Kosmopolitischen Manifestes*“ lautet:

„Citizens of the world, unite!”¹¹

Beck betrachtet den Menschen in erster Linie als Bürger, aber nicht als Bürger eines Territorialstaates, sondern als Weltbürger. In der klassischen politischen Theorie (von Aristoteles über die Neuzeit bis heute) wurde der Bürgerstatus immer mit der Beteiligung an einer politischen Gemeinschaft in Verbindung gesetzt. Aber welche könnte diese Gemeinschaft in der Theorie von Beck sein? Seine grundsätzliche Skepsis gegenüber den Institutionen erlaubt ihm nicht, an eine dauerhafte politische Gemeinschaft, die die ganze Welt umfasst, zu denken. Offensichtlich kann es nicht die ganze Menschheit sein, also alle in jedem Moment auf der Erde lebenden Menschen. Das Subsidiaritätsprinzip kommt bei Beck überhaupt nicht in Frage, weil er auf der Suche nach einer direkten Verbindung zwischen dem einzelnen und allen anderen Menschen in der Welt ist. Wer genießt dann aber einen Bürgerstatus? Im modernen Nationalstaat definiert der Staat die Bedingungen des Bürgerstatus. Wenn es nun aber um die Weltbürgerschaft geht, hat der Nationalstaat nichts zu sagen – ihr Erwerb ist nur vom Menschen selbst abhängig. In der globalisierten Welt sind alle Menschen, egal ob sie es wollen oder nicht, globalen Wirkungen ausgesetzt – als Verbraucher von Waren, globalen Medien und globalen Kulturmustern. Sie sind aber auch von globalen Risiken bedroht. Die globalen Probleme sind zu Problemen des Alltags geworden. Weltbürger sind aber nur diese, die bereit wären, in ihren Alltagsleben aus einer globalen Perspektive heraus zu handeln und sich zusammen mit anderen Bürgern an der Besprechung und Verwirklichung ihrer gemeinsamen Aktivitäten zu beteiligen, und zwar direkt, nicht über den langen Weg durch die Institutionen.

Beck ist der Auffassung, dass die von ihm als Unterschreiben von „Blankoschecks“ bezeichnete repräsentative Demokratie durch eine die ganze Welt umfassende direkte Demokratie ersetzt werden kann. Das ist eine Demokratie, die jenseits aller Grenzen funktionieren würde. Die sogenannte „Verbraucherdemokratie“, die den Stimmzettel durch den Kassenschein ersetzt, wäre ein Beispiel dafür. Die Bürger aller Weltregionen können durch die Macht dieses neuen Stimmzettels auf Entscheidungen von Konzernen und Regierungen Einfluss nehmen. Beck verweist auf den Verbraucherboykott gegen den Konzern *Shell* 1995 und auf den Boykott gegen die französische Regierung wegen ihrer Versuche mit Nuklearwaffen. Der Einkaufsakt eröffnet die Möglichkeit einer transnationalen und zugleich direkten Demokratie, die durch eine repräsentative Verbraucherdemokratie ergänzt werden kann. Sie würde sowohl national als auch transnational orientierte Organisationen umfassen.

In diesem Konzept gibt es einige hochproblematische Momente. Erstens, als Instrument der Demokratie wird der Markt vorgeschlagen, er wird zu einem der wichtigsten Elemente des politischen Handelns. Damit wird die Grenze zwischen dem ökonomischen und dem politischen Bereich getilgt, wobei der politische Bereich fast zum Verschwinden schrumpft; die Politik hat keine eigene Struktur mehr. Diese Denkweise kommt den Grundauffassungen der Neoliberalen, die die Totalität der Marktprinzipien vertreten, ganz nahe. Das stellt auf eine neue Art und Weise die Frage, wer sich und inwiefern am so verstandenen politischen Handeln beteiligen kann. Es geht nicht mehr um ein Recht (welches in einem demokratischen Staat durch die Bürgerschaft

gewährleistet wird), sondern um Möglichkeiten, über die der Mensch nur als Verbraucher verfügt. So erweist sich das Recht auf Partizipation durch die Macht des Geldes ersetzt, abgesehen von den Hoffnungen, dass sich die ganz vielen Menschen mit wenig Geld auf der Weltkugel gegen die ganz wenigen Menschen mit viel Geld, die die Konzerne regieren, wehren können.

Das zweite problematische Moment bezieht sich auf die Frage nach der Legitimität. Bei einem Verbraucherboykott werden alle Regeln der Politik umgangen, sofern ein von niemandem beauftragter Akteur ohne demokratische Legitimität seine eigene „Weltinnenpolitik“ betreibt. In einem solchen Fall werden die Bürger nicht aus sich selbst heraus aktiv, sie werden von den Medien provoziert. Beck selbst räumt ein, dass in diesem Prozess „der Herr der Symbole“ die entscheidende Rolle spielt. Es kann keine Garantie geben, dass die um das Wohlergehen der Menschheit besorgten Organisationen und Medien nicht möglicherweise auch andere, private Interessen verfolgen.

Drittens, die Partizipation auf diese direkte Art und Weise erfolgt primär nicht als eine zielbewusste Handlung, sondern immer als eine Reaktion. Durch einen Verbraucherboykott und ähnliche Aktionen ist man in der Lage, gewisse Entscheidungen oder die Verwirklichung von gewissen Projekten zu verhindern, es ist aber völlig unmöglich, auf diesem Weg eine Entscheidung auszuarbeiten und die kontinuierlichen Bemühungen zur ihrer Umsetzung zu mobilisieren. Beck vertritt, genauso wie die postmodernen Philosophen, die Auffassung, dass die projektorientierten Handlungen und das Fortschrittsdenken mehr schaden als helfen, weil sie immer wieder unvorhergesehene und ungewollte Nebenfolgen produzieren.

Dieser konsequente Einsatz für alle Formen der direkten Partizipation ist auf Becks Grundüberzeugung zurückzuführen, dass der menschliche Wille sich nur unmittelbar ausdrückt. Er meint, dass die modernen Demokratietheorien keine zureichende Antwort auf ein Grundproblem finden können: wie das Prinzip der Selbstbestimmung der Individuen mit der Bildung des gemeinsamen Willens zu verbinden ist. Die Infragestellung der Prinzipien der Demokratie, die heute läuft, macht die Demokratie reflexiv. Das Prinzip der individuellen Autonomie radikalisiert sich und wendet sich gegen alle Institutionen und Verfahren, die sich mit Gestaltung und Repräsentation des Gemeinwillens beschäftigen. Im Lichte dieser Überzeugungen erscheinen sie als nutzlose Überreste der Vergangenheit. Daraus folgt, dass der Gemeinwille nicht im Voraus ausgebildet und mit einem bestimmten Projekt verbunden werden kann. Der Wille erscheint allein in der Handlung. Beim kollektiven Handeln erscheint er als Summe individueller Willen, die immer zufällig und nicht haltbar sind und nur vorübergehende Koalitionen bilden. Das bedeutet aber komplette Ausschaltung der Vernunft vom menschlichen Handeln. Das politische Handeln wird von seinem bekannten Sinn und Inhalt entleert und kommt einer nietzscheanischen Vision der aktuellen Durchsetzung von Macht in unmittelbarer Interaktion der Akteure sehr nahe. Das unterminiert die Idee der Legitimität, weil die Geltung einer Entscheidung keine öffentliche Begründung oder Rechtfertigung mehr braucht, sondern einzig und allein durchgesetzt werden muss. Das steht aber in direktem Widerspruch zur Forderung nach „Reflexivität“. Vom Horizont verschwinden alle Werte, einschließlich die Werte, für die sich Beck selbst einsetzt; es bleibt nur ein einziger Wert übrig – die Macht, und zwar die Macht nicht in ihrer institutionellen, dauerhaften Form, sondern in ihren zufälligen und aktuellen Ausprägungen.

III.

Die für die „alte Linke“ im Mittelpunkt stehende Frage nach der Gerechtigkeit ist in der Theorie der „reflexiven Modernisierung“ einfach zur Seite geschoben worden. Zentral wäre diese Frage nur für jene Theorie, die normativ sein wollte oder zumindest normative Komponenten enthielte. Eine solche Theorie bleibt aber bei den Theoretikern der „reflexiven Modernisierung“ aus. Wenn auch mit gewissen Vorbehalten, übernehmen Giddens und Beck die konstruktivistische Vorgehensweise der postmodernen Philosophie, für die es keine Grenze zwischen Tatsache und Interpretation geben kann. Dann ist aber keine Wahrheit mehr möglich, durch die man Normen begründen könnte. Die Normen könnten auch nicht als Ergebnis eines deliberativen Prozesses betrachtet werden, weil das, was gültig sein muss, sich im direkten Handeln in jedem Augenblick einfach durchsetzt. Es ist auch keine dauerhafte Ordnung vorgesehen, die eine Begründung von Gleichheiten, Ungleichheiten und Hierarchien (also von irgendeiner Art Gerechtigkeit) benötigen würde.

Die Theoretiker der „reflexiven Modernisierung“ sind aber gezwungen, eine Stellungnahme zum Problem der Gleichheit zu äußern, weil sie eine „neue Linke“ zu begründen versuchen – für die „alte Linke“ ist dieses Problem bekanntlich der Kern des Gerechtigkeitsgedankens. In der politischen Ideengeschichte wurde die Gleichheit unterschiedlich interpretiert – als Gleichheit vor dem Gesetz, als gleiches Recht auf politische Partizipation, als Gleichheit der materiellen Lebensbedingungen, als Chancengleichheit. Im modernen Zeitalter wurde die Gleichheit aber immer unter universalistischem Gesichtspunkt betrachtet. Nach Giddens müssen die „Gleichheit als Inklusion und Ungleichheit als Exklusion“¹² bestimmt werden. Er beschreibt zwei Arten von Exklusion – den Ausschluss derer am unteren Ende, die von den Chancen abgeschnitten sind, und den freiwilligen Ausschluss der Eliten von den öffentlichen Institutionen (vom Versicherungssystem, Bildungssystem usw.). Giddens konzentriert sich auf die Veränderungen des Sozialstaates, die sich aus der neuen Sicht von der Gleichheit ergeben sollten. Der Sozialstaat wurde von der „alten Linken“ als Instrument der Umverteilung der materiellen Güter verstanden. Nach Giddens muss er sich zu einem „Staat der sozialen Investitionen“ verwandeln und so die „Umverteilung der Chancen“ antreiben. Er muss also dem Markt freie Räume eröffnen und die Entwicklung der Fähigkeiten der Ausgeschlossenen unterstützen. Ein Ausgleich würde vor allem die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern benötigen. Der Hintergrund dieser Überlegungen ist der von Giddens akzeptierte sogenannte „philosophische Konservatismus“, also die Idee, dass man mit der Unvollkommenheit leben muss. Die Knappheit der materiellen Güter kann sowieso nicht überwunden werden, wie es sich die „alte Linke“ mit ihrem Fortschrittsdenken vorgestellt hat. Die knappen Ressourcen der Erde und die ökologischen Risiken, die andauernd vom unbegrenzten Wirtschaftswachstum produziert werden, erlauben es nicht, einen Wohlstand für alle zu erreichen. Giddens aber denkt nicht an die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit, die zweite Art von Ausschließung, also die der freiwilligen Exklusion der Eliten zu überwinden. Diese Ungleichheit muss in der Gesellschaft angeblich akzeptiert werden. Damit verliert die Forderung nach Gleichheit, egal in welcher Hinsicht, ihren universalistischen Anspruch.

Beck beschreibt den Ausschluss als einen „Negativzirkel“ der Vergesellschaftung, der mit der Armut verbunden ist. In diesem Zirkel führt eine Exklusion, etwa vom Bildungssystem, zu einer anderen Exklusion – z.B. zum Ausschluss vom Arbeitsmarkt oder vom Versicherungssystem usw. Daran sind nach Beck

wieder die Institutionen mit ihren „hochgeschraubten Anforderungen“¹³ schuldig. Die Basis dieser Logik ist die Überzeugung, dass eine Problemlösung durch die Herstellung unerwünschter Nebenfolgen das Problem eigentlich nur vertieft. In dieser Hinsicht sind die Forderungen nach mehr Schulen, Wohlfahrtsinstitutionen, der Politik von „law and order“ usw. ein Ausdruck der „linearen Rationalität“, die die gezielten Ergebnisse nicht erreicht, sondern das Gegenteil verursacht.

Beck formuliert keine positiven Vorschläge zur Lösung der Probleme der Ausgeschlossenen. Seine Logik geht in eine ganz andere Richtung: Er kommt zur paradoxen Schlussfolgerung, dass das Streben nach Einschluss (Gleichheit) an sich die wahre Ursache für den Ausschluss (Ungleichheit) ist. Dann wäre das Ziel gar nicht eine Verbesserung der Chancen der Ausgeschlossenen; die Sozialsysteme müssten vielmehr mit ihren spezifischen Forderungen und ihrer Logik aufgelöst werden. So würde es weder Ausschluss noch Einschluss geben. Die Art und Weise, auf die man in irgendwelche soziale Beziehungen tritt, würde dann nicht mehr mit Rechten und Pflichten verbunden sein, sie wird nur von den aktuellen Möglichkeiten und dem Wunsch nach Beteiligung jedes Einzelnen in jedem Augenblick abhängig sein. So verschwinden aus dem Horizont die universalen Menschenrechte.

Die Theorie, die eine „neue Linke“ zu begründen versucht, gibt eigentlich die Werte auf, die von zentraler Bedeutung für die Linke waren, und nähert sich den liberalen Auffassungen an. Sie geht aber noch weiter. Der klassische Liberalismus hat sich immer für Gleichheit vor dem Gesetz und für gleiche Freiheit eingesetzt und als Garantie dafür den Staat angesehen. Die Theorie der „reflexiven Modernisierung“ von Beck hat aber eine durchaus skeptische Haltung zu allen Institutionen und insbesondere zum Staat, selbst dann, wenn er auf ein Minimum von Funktionen beschränkt ist. Hier kann man gewisse anarchistische Untertöne vernehmen. Wie ist nun diese „neue Linke“ in ein ideologisches Gesamtspektrum einzuordnen? Auf diese Frage gibt Giddens eine eindeutige Antwort: Sie muss libertäre Positionen einnehmen, auf die alte Idee der Gleichheit verzichten und sich hauptsächlich der Idee der Freiheit zuwenden. Es geht um eine Freiheit im ökonomischen Bereich (gegen die „alte Linke“) sowie um eine Freiheit in moralischen Fragen und im Lebensstil (gegen die „Konservativen“). Diese Freiheit ist als unbegrenzt gedacht, deswegen kann sie gar nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Es fehlen jegliche Garantien für die Ausübung der „negativen Freiheit“, und die „positive Freiheit“ ist mit der Macht (im Sinne von Hobbes) gleichgesetzt. Dieses nicht ganz präzise Durchdenken des Freiheitsbegriffs könnte darauf hinweisen, dass nicht die Freiheit das wichtigste Ziel ist. Der Schwerpunkt der Theorie der „reflexiven Modernisierung“ scheint die radikale Veränderung zu sein.

12

A. Giddens, *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, S. 120.

13

U. Beck, A. Giddens, S. Lash, *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, S. 93.

Olga Simova

**The Elimination of the Concepts of ‘Freedom’ and ‘Justice’
in the Theory of “Reflexive Modernisation”**

The theory of “reflexive modernisation” requires not only the development of a novel view of society, but also the description of an entire new, already existing social state. In the light of this as well as in this society, the status and meaning of freedom and justice are different from those in modern political theories and modern societies. In what way and due to which theoretical and political reasons are the concept of ‘freedom’ and ‘justice’ eliminated in the theory of “reflexive modernisation”, two indispensable concepts for political theory, and what is it that takes their place – are the most important questions the authoress attempts to answer.

Key words

Reflexive modernisation, society, freedom, justice

Olga Simova

**L’annulation des concepts de « liberté » et d’ « équité »
dans la théorie de la « modernisation réflexive »**

Résumé

La théorie de la « modernisation réflexive » exige non seulement le développement d’un nouveau point de vue sur la société, mais aussi la description d’une condition sociale tout à fait nouvelle. De ce point de vue et dans cette société, la liberté et l’équité ont une position différente et un sens qui diffèrent dans les théories politiques modernes et dans les sociétés modernes. De quelle manière et pour quelles raisons théoriques et politiques sont annulés dans la théorie de la « modernisation réflexive » les concepts de « liberté » et d’ « équité » qui sont si importants pour la théorie politique? Par quoi sont remplacés ces concepts? Voilà les principales questions auxquelles l’auteur cherche à donner la réponse.

Mots clés

Modernisation réflexive, société, liberté, équité